

Helfende Hand Osnabrück

Wir haben uns nun vor über einem Monat als solidarischer Zusammenschluss von Menschen gegründet, welche in der Corona-Krise anderen zur Seite stehen wollen, insbesondere denen welche einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind. Das ist auch weiterhin Zweck unserer Struktur. Allerdings wollen wir nicht *bloß* Hilfe leisten, sondern wir wollen mit anderen solidarisch sein. Das bedeutet für uns, dass wir selbst Forderungen stellen bzw. Forderungen anderer unterstützen. Was meinen wir damit? Wir bieten z.B. an, Menschen die in der Pflege arbeiten zur Seite zu stehen und ihnen Aufgaben im Alltag abzunehmen, aber wir unterstützen auch die seit Jahren vorgetragenen Forderungen von Pflegekräften nach mehr Lohn und besseren Arbeitsbedingungen, denn es ist politisch, dass nun Überlastung droht und dass es zu wenig Personal gibt. Aber auch die Situation in Geflüchtetenunterkünften war bereits vor Ausbruch des Virus inhuman, der knappe bezahlbare Wohnraum war ebenfalls vor der Pandemie ein Problem und in vielen Branchen waren die Arbeitsbedingungen vorher schon sehr schlecht. Auch häusliche Gewalt gegen Frauen und dass sie es sind, welche oftmals die Sorgearbeit übernehmen ist auch vor Corona gesellschaftliche Realität gewesen. All dies wird in der Corona-Krise verstärkt. So müssen nun Pflegekräfte 12-Stunden-Schichten schieben. Um so wichtiger nicht *nur* gegen den Virus solidarisch zu sein, sondern gegen alles was einem schönen Leben für alle im Weg steht.

Unsere Forderungen:

Gesundheitspolitik:

1. Das Gesundheitswesen darf nicht länger dem Markt unterworfen werden. Es muss wieder darum gehen, wie Menschen zur größtmöglichen Gesundheit und Wohlbefinden zu verhelfen ist und nicht darum, was am meisten Profit abwirft. Als erste Maßnahme ist dafür die Fallpauschalvergütung abzuschaffen und eine Entprivatisierung voranzutreiben.
2. Pflegekräfte und andere nicht ärztliche Berufsgruppen, wie MFAs (früher Arzthelfer*innen) bekommen gerade viel Lob und Aufmerksamkeit, doch seit Jahren wurden ihre Proteste und Forderungen nicht gehört, geschweige denn umgesetzt. Wir fordern höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung durch die Pfleger*innen und mehr Personal, dies kommt auch den Patient*innen zugute.
3. Abschaffung des zweigliedrigen KV-Systems, freie und kostenlose Gesundheitsversorgung für alle
4. Keine Schließung von Krankenhäusern

Keine Lager! Keine Abschiebungen

In Geflüchtetenunterkünften/-lagern herrschten schon vor der Pandemie oft menschenunwürdige Zustände und Abschiebungen waren schon immer unmenschlich.

Nun verstärkt sich dies nochmal. Insbesondere durch die beengte Unterbringung ist die Gefahr der Verbreitung des Virus hoch. Andererseits wurden ganze Lager, wegen einer infizierten Person unter Quarantäne gestellt. Wir fordern:

1. Keine Abschiebungen mehr. Dies widerspricht einer Eindämmung der Ausbreitung und in vielen Ländern ist die Gesundheitsversorgung noch schlechter als hier.
2. Keine Unterbringung in Massenunterkünften - die Hygieneregeln müssen eingehalten werden können.
3. Keine Unterscheidung bei der Behandlung von Geflüchteten und deutschen Staatsbürger*innen. Es müssen für alle die gleichen Maßnahmen gelten.
4. Sofortige Evakuierung der Lager an den EU-Außengrenzen.

Keine Benachteiligung von Frauen

Ein großer Teil der Sorge- und Pflegearbeit, sowie der Kindererziehung wird gerade wieder ins vermeintlich Private verlagert, dabei übernehmen mehrheitlich Frauen einen Großteil dieser Arbeit. Gleichzeitig steigt mit der physischen Isolation die Gefahr der Gewalt gegen Frauen und Kinder. Wir fordern:

1. Eine stärkere Thematisierung dieser und Sensibilisierung für genannte Probleme.
2. Unterstützung von autonomen Frauenhäusern (bspw. durch die Schaffung von angemessenen Unterbringungsmöglichkeiten)

Wohnraum für Alle!

1. Schon vor der Pandemie war es offensichtlich, dass es zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Jetzt wird diese Situation für viele noch verschärft. Wer mit zu vielen Menschen auf engem Raum lebt oder auf der Straße leben muss, hat kaum Möglichkeiten, die Hygienevorschriften einzuhalten. So schnell wie möglich muss bezahlbarer Wohnraum in Osnabrück geschaffen werden. Die Forderungen des bereits existierenden Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum sind dabei zu beachten.
2. Gerade jetzt brechen für viele Menschen die Einkünfte weg. Wir fordern einen Mietstopp bei Einkunftsausfall.
3. Um so schnell wie möglich reagieren zu können fordern wir, dass ohnehin leerstehende Hotels für die Unterbringung von Menschen, die in Geflüchtetenlagern und auf der Straße leben oder von häuslicher Gewalt bedroht sind, genutzt werden. Vorrang haben dabei Menschen mit Vorerkrankungen, jedoch müssen perspektivisch alle Menschen gut wohnen können.
4. Zwangsräumungen sind zu verbieten.
5. Vergesellschaftung von leerstehenden Gebäuden, Umwandlung in Wohnraum.

Sichere Arbeitsbedingungen

In vielen Berufen und Branchen wird weiterhin gearbeitet - auch in vielen welche nicht notwendig sind - und nicht überall sind die Menschen mit ausreichenden Schutzmaterialien versorgt. Wir fordern:

1. Einen Stopp von nicht notwendigen Arbeiten, bei vollem Lohnausgleich.
2. In den notwendigen Branchen ausreichende Schutzvorrichtungen und -materialien, sowie einen Risikozuschlag.
3. Aussetzen von Hartz IV-Sanktionen
4. Anerkennung von Sozialarbeit als gesellschaftsrelevante Tätigkeit, vor allem im stationären Bereichen wie Jugendhilfe, Inobhutnahme und anderen Formen des betreuten Wohnens oder Streetwork.

Gegen die Klimakatastrophe - auch in Zeiten von Corona

1. Der aktuell gesetzte Fokus auf die Corona-Krise ist zwar verständlich, führt aber dazu, dass die Klimakrise aus dem Fokus gerät. Das muss sie nicht zwangsläufig und sollte sie vor allem nicht, da sie weiterhin die Lebensgrundlage vieler Menschen gefährdet. Wir rufen deshalb alle dazu auf, die Klimakrise nicht in Vergessenheit geraten zu lassen bzw. zuzulassen, dass sie unter den Teppich gekehrt wird.
2. Die Corona-Krise bzw. die sich anbahnende Wirtschaftskrise führt aber darüber hinaus dazu, dass lange geforderte und erkämpfte Umweltschutzmaßnahmen gelockert werden (sollen). Insbesondere sind dies jene Maßnahmen, welche Unternehmen in ihrem Profit einschränken. Die Klimakrise wird dadurch also nochmal verschärft werden. Wir fordern, dass die Umweltschutzmaßnahmen gegenüber Unternehmen nicht gelockert, sondern weiter verschärft werden, dabei allerdings die Arbeiter*innen der jeweiligen Unternehmen nicht diejenigen sind, auf die die Profiteinbußen abgewälzt werden.